



Er ist der Verfasser der 40 Bände »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus«, und sein Werk wartet auf Fortsetzung – eine Rede zum Gedenken an den großen Wirtschaftswissenschaftler und Marxisten. Von Georg Fülberth

Sklavenmarkt

Grausame Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Nordafrika, doch Medien und IOM spielen falsch

3

Nährboden

NSU-Prozess: »Akzeptierende Jugendarbeit« und V-Leute als Radikalisierer von Neonazinachwuchs

4

Schwarzfahrer

Landesregierung Nordrhein-Westfalens will Sozialticket für öffentlichen Nahverkehr abschaffen

5

Palastrevolte

Lugansk: Innenminister widersetzt sich seiner Absetzung. Republikchef Plotnitski verschwunden

7



Hauptsache Profit

Thyssen-Krupp-Konzern hält an Fusion mit Tata Steel fest. Obwohl Stahlsparte Gewinne abwirft, sollen Arbeitsplätze vernichtet werden. Von Simon Zeise

Die Konzernchefs haben nur das schnelle Geld im Blick (IG-Metall-Kundgebung im rheinland-pfälzischen Andernach, 23. November)

Die Bosse wollen ihr Tafelsilber verscherbeln. Der Vorstandsvorsitzende von Thyssen-Krupp, Heinrich Hiesinger, hat angekündigt, die Stahlsparte des Konzerns im kommenden Jahr in ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem Konkurrenten Tata Steel abschieben zu wollen – obwohl die Branche Profite einbringt. Das erklärte er am Donnerstag auf der Jahresvollversammlung des Konzerns in Essen. Schon jetzt sollen 2.000 Arbeitsplätze gestrichen werden, nach der Fusion könnten zahlreiche dazukommen. Die Beschäftigten befürchten, dass die Konzernzentrale künftig in den Niederlande verlegt werden könne. Die Mitbestimmung der Gewerkschaften in Deutschland wäre dahin.

Hiesinger sagte, natürlich freue er sich über das derzeit »positive Marktumfeld« für die Stahlbranche von Thyssen-Krupp, deren Gewinne im laufenden Geschäftsjahr um ein Drittel auf 500 Millionen Euro gestiegen seien,

»aber davon lassen wir uns nicht blenden«. Durch den Zusammenschluss mit Tata wollen die Konzernchefs weitere 400 bis 600 Millionen Euro sparen. Er sei »zuversichtlich, dass wir im Dialog mit den Arbeitnehmervertretern eine gute Lösung finden werden«.

Die Gewerkschaft hielt dagegen. Am morgen stellte die IG Metall in Duisburg einen Zehnpunkteplan vor, in dem unter anderem eine Standortgarantie für alle Thyssen-Krupp-Stahlwerke in Deutschland gefordert werden, mit einer Mindestlaufzeit von zehn Jahren. Im Anschluss fuhren 65 Busse aus den nordrhein-westfälischen Hütten vor die Fabrikore der Thyssen-Krupp-Tochter Rasselstein im rheinland-pfälzischen Andernach.

Rund 8.000 Stahlarbeiter protestierten dort gegen die Pläne des Vorstands. Viele von ihnen trugen Transparente, auf denen Hiesinger mit Pinocchio-Nase zu sehen war. Die IG Metall kritisierte, dass sich die Konzernspitze

auch nach mehrfacher Aufforderung beharrlich weigere, die vielen offenen Fragen zum geplanten Joint Venture zu beantworten und die Beschäftigten über Folgen und Zukunftskonzepte zu informieren. Jörg Köhlinger, Bezirksleiter des IG-Metall-Bezirks Mitte, erklärte: »Bisher wurden die Beschäftigten, die Betriebsräte und die IG Metall über die Verhandlungen weder informiert noch einbezogen.« Dies sei schlechter Stil und werde von der IG Metall keinesfalls toleriert. »Die Leistung der Mitarbeiter, die Standorte und die Arbeitsplätze, die für die Regionen von zentraler Bedeutung sind, dürfen nicht für ein hochriskantes Geschäft, das hinter verschlossenen Türen stattfindet, über Bord geworfen werden.« Markus Grolms, der für die Gewerkschaft im Aufsichtsrat sitzt, hatte am Dienstag erklärt, eine Einigung mit der Konzernspitze im Januar sei unwahrscheinlich. »Wir sind notfalls bereit, das Ding auch vor die Wand zu fahren.« Der Vorstand müsse das end-

lich begreifen, aber er habe es auch in der Hand, das zu verhindern.

Der ehemalige Vorsitzende der IG Metall und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bei Thyssen-Krupp Steel Europe, Detlef Wetzels, betonte, Thyssen und Tata hätten vieles vereinbart, »nur für die Menschen ist nichts, aber auch gar nichts geregelt«. Das sei unfassbar, aber wahr. »Wenn wir von Sicherheit reden, dann meinen wir nicht Sicherheit für einen Augenblick. Wir wollen Sicherheit für einen langen Zeitraum, und wir fordern, dass Thyssen-Krupp uns das garantiert.«

Thyssen-Krupp hat sich mit Tata bereits auf eine Grundsatzvereinbarung verständigt, die unter anderem vorsieht, dass der Konzern aus Indien das Joint Venture oder den europäischen Markt mit bis zu 2,5 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr beliefern soll. »Das ist sehr ungewöhnlich und beunruhigt uns enorm«, betonte Wetzels.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Einigung zu Rohingya-Flüchtlingen



Rangun. Myanmar und Bangladesch haben sich nach Angaben aus Dhaka darauf geeinigt, die Rückführung von Rohingya-Flüchtlingen binnen zwei Monaten zu beginnen. Myanmars De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi und Bangladeschs Außenminister Abul Hassan Mahmood Ali unterzeichneten am Donnerstag eine entsprechende Grundsatzvereinbarung. Ali sprach vor der Presse von einem »ersten Schritt«. Unsicher blieb, wie viele der mehr als 620.000 Flüchtlinge nach Myanmar zurückkehren sollen. Menschenrechtsorganisationen haben bereits Zweifel an der geplanten Rückführung geäußert. Es sei fraglich, wo die Angehörigen der muslimischen Minderheit angesiedelt werden sollen, nachdem Hunderte ihrer Dörfer im Bundesstaat Rakhine zerstört worden sind. Unklar war auch, wie die Sicherheit der Rohingya gewährleistet werden soll. (AFP/JW)

Bundestag: AfD und FDP gegen Familiennachzug

Berlin. Nach dem vorläufigen Scheitern der Regierungsbildung in der BRD bereiten die rechte AfD und die neoliberale FDP jeweils Initiativen gegen den Familiennachzug Geflüchteter vor. Die Bundestagsfraktionen arbeiteten dazu unabhängig voneinander an Gesetzesinitiativen, wie die Fraktionschefs beider Parteien am Donnerstag mitteilten. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte zuvor für ein entsprechendes Vorgehen geworben.

Am Donnerstag nachmittag bestellte indes Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den SPD-Vorsitzenden Martin Schulz zur Beratung über weitere Sondierungsmöglichkeiten ins Schloss Bellevue ein. Laut der Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg sei Schulz bereit, die Tolerierung einer Minderheitsregierung von Union und Bündnis 90/Die Grünen anzubieten. Eine Neuaufgabe der großen Koalition lehne Schulz aber nach wie vor ab. (dpa/Bloomberg/JW)

Jagdszenen in Manus

Polizei von Papua-Neuguinea räumt Flüchtlingslager. Australien schottet sich ab

In Papua-Neuguinea hat die Polizei ein australisches Flüchtlingslager auf der Insel Manus gestürmt, das formell schon vor Tagen geschlossen worden war. Dutzende der rund 400 verbliebenen Bewohner seien in Bussen weggebracht worden, berichteten australische Medien am Donnerstag. Bewohner des Lagers berichteten von gewaltsamen Szenen bei der Stürmung. »Sie zerstören alles«, schrieb der iranische Flüchtling und Journalist Behrus Buschani auf Twitter. »Sie sind sehr aggressiv und

stecken all unsere Habseligkeiten in Mülleimer.«

Die Schutzsuchenden hatten in dem Lager ohne Essen, Wasser und Strom ausgeharrt, nachdem Australien die Einrichtung zum 31. Oktober geschlossen hatte. Canberra lehnt es ab, Flüchtlinge aufzunehmen, die versuchen, per Boot nach Australien zu gelangen. Das Nachbarland Papua-Neuguinea hatte sich gegen Bezahlung dazu bereit erklärt, auf der Insel Manus ein Auffanglager einzurichten. Das oberste Gericht des Pazifikstaates erklärte das Lager

allerdings für illegal, woraufhin die Schließung angeordnet wurde.

Hunderte Bewohner weigerten sich allerdings, das Camp zu verlassen, nachdem es an den angebotenen Ausweichorten zu Übergriffen durch die örtliche Bevölkerung gekommen war. Australien stellte daraufhin die Strom- und Wasserversorgung ab, auch Lebensmittel gelangten nur in geringem Maße in das Camp.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International warnte die Polizei in Papua-Neuguinea vor dem Risiko

ernsthafter Verletzungen, wenn die Behörden Gewalt anwenden« und rief dazu auf, die Menschen nach Australien zu bringen. Der dortige Regierungschef Malcolm Turnbull bekräftigte am Donnerstag aber, dass die Betroffenen keinen Fuß in sein Land setzen würden. »Sie denken, dass das eine Möglichkeit ist, die australische Regierung unter Druck zu setzen, sie nach Australien kommen zu lassen«, sagte Turnbull in Canberra. »Wir werden uns aber nicht unter Druck setzen lassen.« (dpa/AFP/JW)

jW wird herausgegeben von 2.079 Genossinnen und Genossen (Stand 6.11.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

